

Vor Gericht?

Die Bundesregierung zeigt kein Interesse an einer Auslieferung der Terroristin, die als einzige der vier Entführer die Erstürmung der Lufthansa-Maschine in Mogadischu überlebt hat. Um nicht neue Racheakte herauszufordern, will Bonn die Entscheidung über das weitere Schicksal der Palästinenserin der somalischen Regierung überlassen. Die 23jährige Suheila Sajeh — sie war bei der Attacke der Grenzschutz-Sondertruppe GSG 9 schwer verletzt worden — ist nach zwei Operationen wieder halbwegs wohl auf; nach ihrer völligen Genesung soll sie, wie der Presseattaché an der somalischen Botschaft in Bonn, Abdullahi Omar, erklärte, auf jeden Fall vor Gericht gestellt werden. In Mogadischu wird jedoch vermutet, daß die auf arabische Unterstützung in ihrem Kampf mit Äthiopien angewie-

senen Somalis die Terroristin bald an die palästinensische Befreiungsorganisation PLO überstellen werden.

Späte Wahl

Nach den Europa-müden Briten gefährden jetzt auch die Deutschen die für Mai 1978 geplante Direktwahl zum Europäischen Parlament. Auf Betreiben von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher rückten die Liberalen vom Europa-Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung ab — aus Angst vor einem bundesweiten Auftritt der CSU will die FDP den christdemokratischen Einwänden gegen die ursprünglich vorgesehene Wahl nach Bundeslisten Rechnung tragen. SPD-Parlamentarier rechnen damit, daß die Beratung eines neuen Gesetzes mindestens anderthalb Jahre dauern wird.

Geschäfte Genossen

Der komplette Bezirksvorstand Hessen Süd der sozialistischen Jugend „Die Falken“ ist vom Bundesvorstand der Organisation amtsenthoben worden. Den Jung-Sozialisten wird vorgeworfen, sie hätten sich bei ihrer Bezirkskonferenz Ende November in Gießen von Mitgliedern wählen lassen, die gar nicht stimmberechtigt gewesen seien. Zu den geschafften Genossen gehört auch der Frankfurter Biermann-Freund Diether Dehm, in der SPD geschätzt als der „einzige Liedermacher, der noch in der Partei geblieben ist“ (Dehm über Dehm). Eine Dehm-Schallplatte mit Arbeitersongs wurde auf dem Hamburger Parteitag verkauft — handsigniert von Willy Brandt und Helmut Schmidt. „Falken“-Bundesvorsitzender Konrad Gilges: „Was die Partei macht, interessiert mich überhaupt nicht.“

„Eine unübersehbare Gefährdung“

SPIEGEL-Interview mit Lufthansa-Vorstandsmitglied Werner Utter über bewaffnete Flugbegleiter

SPIEGEL: Bundesverkehrsminister Gscheidle hat vorgeschlagen, zum Schutz gegen mögliche Terroranschläge bewaffnete Sicherheitsbeamte an Bord von Lufthansa-Maschinen mitfliegen zu lassen. Befürwortet die Lufthansa, obwohl sich die Piloten bisher dagegen ausgesprochen haben, diesen Vorschlag?

UTTER: Die Lufthansa vertritt nach wie vor die Meinung, daß bewaffnete Sicherheitsbeamte an Bord für alle Betroffenen, Passagiere und Besatzung, das Risiko nur vergrößern. Die Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung von Entführungen müssen am Boden getroffen werden. Diese Grundsatzhaltung befindet sich in Übereinstimmung mit nahezu allen internationalen Liniengesellschaften.

SPIEGEL: Die amerikanischen Fluggesellschaften ließen zeitweilig sogenannte „sky marshals“ mitfliegen.

UTTER: Sie haben sie wieder zurückgezogen, nachdem die Bodenmaßnahmen das erforderliche Niveau erreicht hatten. Das sollte zu denken geben.

SPIEGEL: Bewaffnete Luft-Sheriffs sind immer noch regelmäßig an Bord aller Maschinen der israelischen Fluggesellschaft El Al. Tatsächlich wurde in den letzten Jahren keine El-Al-Maschine entführt.



Begleitschutz-Gegner Utter
„Die Verantwortung hat der Kapitän“

UTTER: Auch bei der El Al liegt der deutliche Schwerpunkt der Sicherheitsmaßnahmen am Boden. Im übrigen läßt sich nicht beweisen, daß nicht erfolgte Entführungen bei El Al auf die Gegenwart von bewaffneten Sicherheitsbeamten zurückzuführen sind.

SPIEGEL: Ließen sich bewaffnete Flugbegleiter so schulen, daß sie

in keinem Fall die Passagiere gefährden?

UTTER: Eine bewaffnete Auseinandersetzung während des Fluges bedeutet eine unübersehbare Gefährdung des Flugzeuges und aller seiner Insassen. Es kann unserer Meinung nach nicht ausgeschlossen werden, daß solche Sicherheitskräfte, selbst wenn sie in ausreichender Zahl und entsprechend geschult zur Verfügung ständen, an Bord von den Entführern enttarnt würden. Im Fall einer Entdeckung aber kommt es entweder zur Entwaffnung oder zur Auseinandersetzung.

SPIEGEL: Hielten Sie denn unbewaffnete, aber beispielsweise in Karate ausgebildete Luft-Sheriffs für nützlich?

UTTER: Die Annahme, ausgebildete Karatekämpfer könnten gegen Schußwaffen führende Angreifer bestehen, ist irrational.

SPIEGEL: Könnte die Geschäftsleitung der Lufthansa oder die Bundesregierung die Idee der Luft-Sheriffs auch ohne Zustimmung der Flugkapitäne in die Tat umsetzen?

UTTER: Die Verantwortung für eine sichere Flugdurchführung liegt ausschließlich in den Händen des Kapitäns und muß in allen Phasen des Fluges, auch bei Entführungen, in seinen Händen bleiben.